

Schwere Vorwürfe gegen Radarbeauftragten

Berlin, (dpa) Im Streit über die Entschädigung strahlengeschädigter Soldaten haben Betroffene und der Bundeswehrverband schwere Vorwürfe gegen das Verteidigungsministerium erhoben. Peter Rasch vom Bund zur Unterstützung Radargeschädigter warf am Montag dem Radarbeauftragten von Verteidigungsminister Rudolf Scharping, Ulrich Birkenheyer, „Beweisverschleierung“ und „bewusste Täuschung der Öffentlichkeit“ vor. Rasch sagte, Birkenheyer habe in seiner Zwischenbilanz eine 1981 gemessene Röntgenstrahlung von 240 MicroSievert pro Stunde zu Grunde gelegt, bei dem schon wesentlich strahlenärmere Komponenten eingesetzt worden seien als in den 50er, 60er und 70er Jahren. Auf diese Zeit bezögen sich aber die meisten Anträge. Das Ministerium kündigte eine Stellungnahme an.

Keine Großzügigkeit für Strahlenopfer

Berlin, (dpa) Die Bundeswehr will dem Bericht eines Hamburger Nachrichtenmagazins zufolge einen Großteil der Radarstrahlen-Opfer und ihre Hinterbliebenen doch nicht entschädigen. Demnach sollen alle vom Bund übernommenen Angehörigen der Nationalen Volksarmee der DDR leer ausgehen, ebenso Soldaten die Hochfrequenzstrahlen ausgesetzt waren. Auch Hinterbliebene deren Angehörige zumeist an Hoden- oder Blutkrebs verstorben seien sollten nichts bekommen sie hätten laut Ministerium keinen vererbten Schadensersatzanspruch“, schreibt das Magazin.

Radargeschädigte Soldaten werden klagen

Berlin. (AP) Der Streit um die Entschädigung verstrahlter Radartechniker von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee wird vor Gericht entschieden. Opfervertreter bezeichneten es am Donnerstag als Hohn, dass die Bundeswehr von offiziell 1868 Antragstellern bisher nur fünf als Wehrgeschädigte anerkannt hat. Ende Januar würden Musterklagen auf bis zu 600000 Mark Schadensersatz für die teils sterbenskranken Soldaten eingereicht, sagte Anwalt Remo Klinger der AP.

Nach Angaben aus Bundeswehrkreisen sind von den Anträgen bisher insgesamt 231 entschieden, fünf davon positiv. Bis zum dritten Quartal 2002 sollen Bescheide für alle Antragsteller erarbeitet sein. Im Juni hatte Verteidigungsminister Rudolf Scharping die schnelle Bearbeitung der damals etwa 330 Anträge sowie großzügige Hilfe versprochen.